

Benner, Joachim et al.

Article — Digitized Version

Deutschland: vorerst weiter schwache Konjunktur und kaum Aussicht auf höheres Wachstum

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Benner, Joachim et al. (2005) : Deutschland: vorerst weiter schwache Konjunktur und kaum Aussicht auf höheres Wachstum, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 36-63

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3491>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorabdruck aus

Die Weltwirtschaft 2005, Heft 1

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft

an der Universität Kiel

Herausgegeben von Dennis Snower

Deutschland: Vorerst weiter schwache Konjunktur und kaum Aussicht auf höheres Wachstum

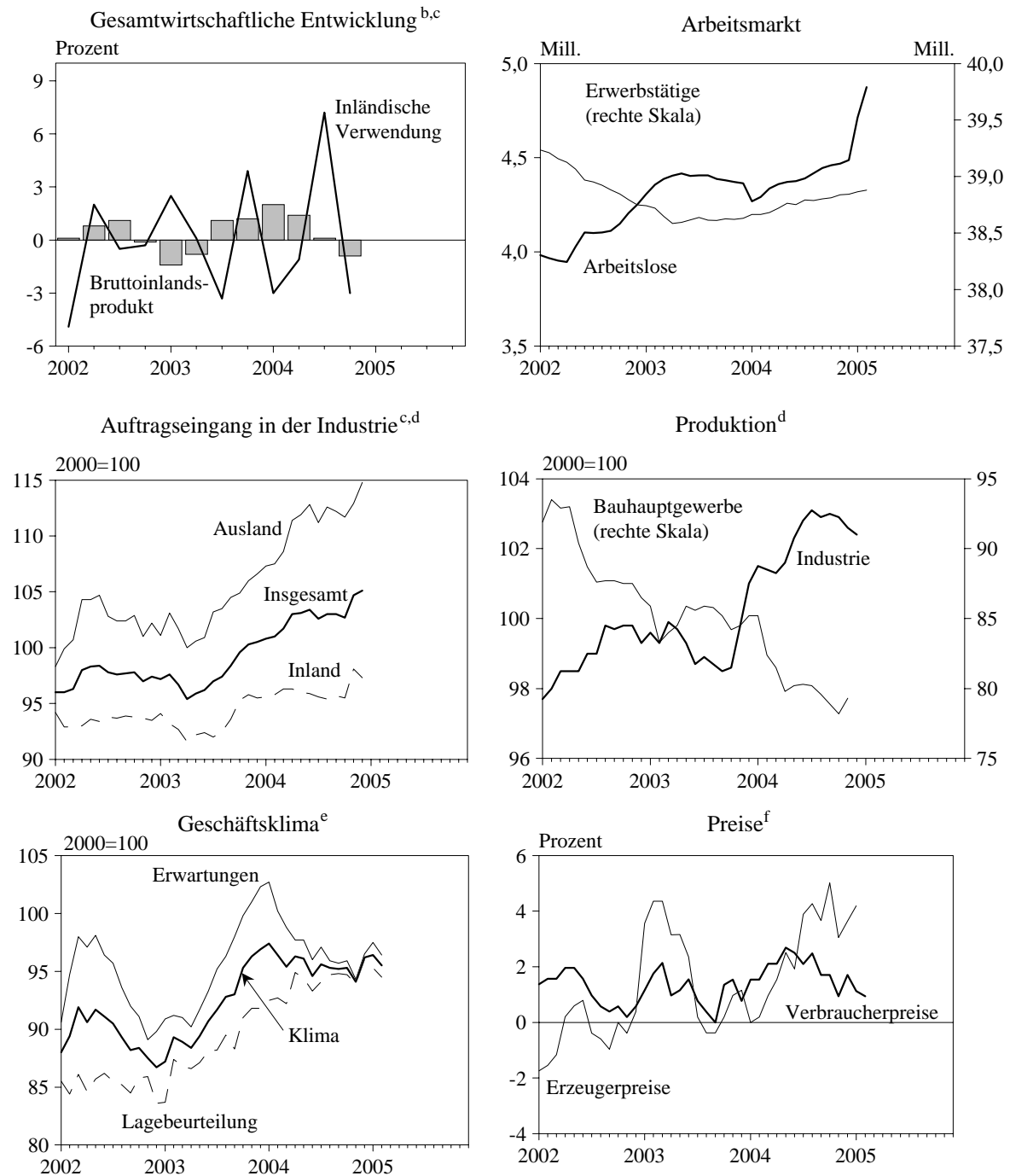
Von Joachim Benner, Alfred Boss, Annette Kamps, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland ist bereits wieder abgebrochen. Nach einem kräftigen Anstieg im ersten Halbjahr 2004 stagnierte das reale Bruttoinlandsprodukt und nahm gegen Jahresende sogar leicht ab (Abbildung 1). Ausschlaggebend hierfür war der deutliche Rückgang der außenwirtschaftlichen Impulse. Die realen Exporte stiegen in der zweiten Jahreshälfte kaum mehr, nachdem sie in den beiden Vorquartalen noch mit zweistelligen Raten expandiert waren. Zum einen hat die Weltkonjunktur an Schwung verloren, zum anderen dämpfte die Aufwertung des Euro. Die Inlandsnachfrage blieb im gesamten Jahr 2004 schwach. Der private Konsum nahm im Verlauf der zweiten Jahreshälfte nur mäßig zu, und die Bauinvestitionen sanken in der Tendenz weiter. Einen Lichtblick gab es allein bei den Ausrüstungsinvestitionen, die erstmals seit mehreren Jahren wieder ein nennenswertes Plus aufwiesen.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Situation konjunkturell weiter verschlechtert. Zwar trieben die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen die Zahl der Beschäftigten insgesamt nach oben, doch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die eher die konjunkturelle Grundtendenz widerspiegelt, sank erneut. Zu Beginn dieses Jahres nahm die Arbeitslosigkeit sprunghaft zu, bedingt durch Änderungen in der Arbeitsmarktstatistik im Rahmen der Hartz IV-Reform; die Arbeitslosenquote betrug in den ersten beiden Monaten mehr als 11 Prozent. Das Preisklima trübte sich vorübergehend ein. Gegen Ende des Vorjahres stiegen sowohl die Verbraucher- als auch die Erzeugerpreise schneller, vor allem weil sich das Erdöl nochmals verteuerte. Dieser Effekt ließ aber nach der Jahreswende nach; im Februar betrug die Inflationsrate 1,8 Prozent.

Nach den überraschend schlechten Daten für die Gesamtwirtschaft im zweiten Halbjahr 2004 stellt sich die Frage, ob es erneut zu einer Phase der Stagnation kommt, wie sie in den drei Jahren davor zu beobachten war. Dies ist zwar nicht auszuschließen, und auch das Risiko einer Rezession hat sich erhöht. Eine Reihe von Faktoren spricht aber dafür, dass sich die

Abbildung 1:
Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland 2002–2005



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. — ^cReal. — ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^eGewerbliche Wirtschaft. — ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Konjunktur in diesem Jahr allmählich wieder belebt. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind trotz einer konjunkturellen Verlangsamung weiterhin günstig, und die Zinsen sind auch für deutsche Verhältnisse niedrig. Die Stimmung an den Aktienmärkten hat sich gebessert, und das Konsumklima hat sich ebenfalls etwas aufgehellt. Ferner sind die Auftragseingänge in der Industrie aufwärts gerichtet und die Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft, die sich in der Vergangenheit als vergleichsweise zuverlässiger Indikator erwiesen haben (Kasten 1), tendieren seit Dezember wieder nach oben.

Allerdings wird das Tempo der Erholung wohl noch eine Zeitlang gering bleiben. Zum einen wird die Nachfrage von dem zurückliegenden starken Anstieg des Erdölpreises und – in geringerem Ausmaß – von der Euroaufwertung gedämpft. Dies spricht dafür, dass die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in den ersten beiden Quartal noch gering sein wird.¹ Zum anderen hat sich an den fundamentalen Wachstumsbedingungen in Deutschland kaum etwas verbessert. Daher wird sich der Produktionsanstieg nur wenig beschleunigen. Diese Prognose entspricht unseren bisherigen Erwartungen. Aufgrund der schlechteren Ausgangsbasis, die allerdings aufgrund statistischer Effekte etwas unterzeichnet sein dürfte, revidieren wir jedoch unsere Prognose für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2005 von 0,8 Prozent auf 0,6 Prozent.

Günstige monetäre Rahmenbedingungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen seit dem Juni 2003 unverändert gelassen, der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems beträgt weiterhin 2,0 Prozent. Dreimonatsgeld war Anfang März 2005 nur wenig teurer. Der kurzfristige Realzins (auf Basis der Kerninflationsrate in Deutschland) blieb in den vergangenen Monaten annähernd konstant; mit einem Wert von knapp 1 Prozent liegt er um reichlich 1 Prozentpunkt unter seinem neutralen Niveau. Die Kapitalmarktzinsen haben sich in den vergangenen Monaten weltweit wieder etwas verringert. In Deutschland lag die Rendite von Staatsanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit im Februar 2005 bei 3,6 Prozent und damit um rund 50 Basispunkte unter ihrem Niveau im Spätsommer 2004. Real gerechnet ist sie ebenfalls gesunken, denn die Inflationserwartungen blieben in etwa unverändert.

¹ Es ist allerdings damit zu rechnen, dass für das erste Quartal 2005 statistisch bedingt ein relativ hoher Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts ausgewiesen wird, da der Wert für das vierte Quartal 2004 unterzeichnet ist.

Kasten 1:

Zu den Prognoseeigenschaften der ifo-Stimmungsindikatoren – eine „Echtzeit“-Analyse

Stimmungsindikatoren spielen eine wichtige Rolle bei der Prognose der konjunkturellen Entwicklung. Als relativ zuverlässige Indikatoren für die deutsche Konjunktur gelten die vom ifo-Institut durch monatliche Umfragen erhobenen „Konjunkturtest“-Ergebnisse. Ihre Prognoseeigenschaften sollen im Folgenden im Rahmen eines quantitativen Prognosemodells analysiert werden.

Ausgangspunkt ist ein quasi-vektorausregressives Prognosemodell für die Veränderungsrate des realen saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal Δy und die jeweilige Indikatorvariable X . Dabei wird Δy im ersten Schritt in Abhängigkeit von der – aufgrund eines Veröffentlichungsvorlaufs als bereits bekannt vorausgesetzten – kontemporären Entwicklung der Indikatorvariable prognostiziert:

$$(1) \quad \Delta y_t = a_1 + \sum_{i=1}^{p_1} \beta_{1i} \Delta y_{t-i} + \sum_{j=0}^{p_2} \delta_{1j} X_{t-j} + \varepsilon_{1t}$$

Für die weiteren Prognoseschritte wird zunächst die Indikatorvariable selbst durch eine Gleichung

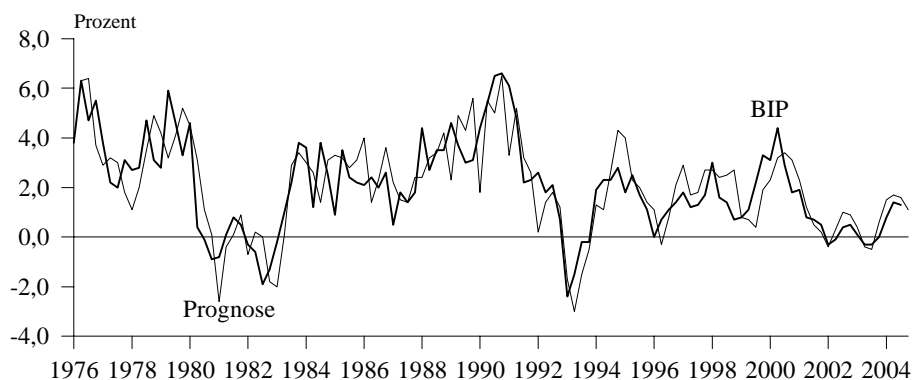
$$(2) \quad X_t = a_2 + \sum_{k=1}^{p_3} \beta_{2k} X_{t-k} + \sum_{n=1}^{p_4} \delta_{2n} \Delta y_{t-n} + \varepsilon_{2t}$$

vorhergesagt. Der Prognosewert für X geht dann ein in Gleichung (1). Als Indikatoren kommen die Geschäftserwartungen, die Geschäftslage sowie das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft zum Einsatz.

Die Beurteilung der Prognosegüte des Modells erfolgt rekursiv über den Zeitraum vom ersten Quartal 1976 bis zum dritten Quartal 2004; als Vergleichsverfahren dient ein Modell, das ohne die Indikatorinformationen auskommt; hier wurde ein einfaches autoregressives Modell für Δy gewählt. Um eine reale Prognosesituation zu simulieren, werden beide Modelle zunächst auf der Basis von Zeitreihendaten vom ersten Quartal 1965 bis zum vierten Quartal 1975 mithilfe eines Modellselektionsprozesses basierend auf dem modifizierten AIC-Kriteriums spezifiziert. Anschließend werden die Modellparameter geschätzt und Prognosen über 1 bis 8 Quartale berechnet. Dann wird der Beginn des Prognosezeitraums um ein Quartal weiter verschoben, die Modelle werden erneut spezifiziert und geschätzt und neue Prognosen werden erstellt; diese Prozedur wird bis zum zweiten Quartal 2004 fortgesetzt. Abschließend werden die von den Modellen prognostizierten Werte mit den tatsächlichen Werten für Δy , so wie sie im Februar 2005 vorlagen, verglichen und für jeden Prognoseschritt der mittlere quadratische Prognosefehler (RMSE) berechnet.

Abbildung:

1-Schritt-Prognosen mithilfe der ifo-Geschäftserwartungen im Vergleich zur tatsächlichen Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktsⁱ 1976:I–2004:IV



ⁱVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; bis 1990 reales Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Clausen und Meier (2005); eigene Berechnungen.

Die beschriebene Vorgehensweise soll sicherstellen, dass in die jeweilige Prognose stets nur jene Informationen eingehen, die vor Beginn des historischen Prognosezeitraums tatsächlich vorgelegen hätten. Eine derartige Simulation einer „Echtzeit“-Prognose ist bei einer Bewertung von Prognoseverfahren auf der Basis historischer Daten wichtig, soll der Prognosefehler nicht unterschätzt werden. Freilich bezieht sich die Echtzeit-Problematik nicht nur auf den Modellselektionsprozess und die Schätzung der Modellparameter, sondern auch auf die verwendeten Daten. Wenn diese, wie dies beim realen Bruttoinlandsprodukt der Fall ist, permanenten Revisionen unterzogen werden, lagen zum historischen Prognosezeitpunkt andere Daten vor als heute. Wir berücksichtigen diesen Aspekt, indem wir in unserer Analyse Echtzeit-Daten zum realen Bruttoinlandsprodukt, also jene Daten, die zum jeweiligen Prognosezeitpunkt vorlagen, verwenden.^a In der Abbildung sind diese Daten zusammen mit den Ergebnissen für 1-Schritt-Prognosen unter Verwendung der ifo-Geschäftserwartungen abgebildet.

Die Prognose auf der Basis des indikatorgestützten Modells ist der auf der Basis des autoregressiven Modells überlegen, wenn sie einen geringeren Prognosefehler aufweist, d.h., wenn der Quotient aus dem RMSE des Indikatormodells und dem RMSE des autoregressiven Modells kleiner als 1 ist. Der Quotient wird auch als das Theilsche U bezeichnet. Um zu erkennen, ob die Unterschiede zwischen den RMSE auch statistisch signifikant sind, testen wir auf Gleichheit der Prognosefehler mit dem von Diebold und Mariano (1995) vorgeschlagenen Verfahren.

Tabelle:

RMSE und Theils U für den Zeitraum 1976:I–2004:IIIⁱ

Prognoseschritte ⁱⁱ		1	2	3	4	8
Autoregressives Modell	RMSE	1,325	1,635	1,803	2,027	2,073
	Theils U					
ifo-Geschäftslage	RMSE	1,206	1,428	1,624	1,855	2,191
	Theils U	0,91 (0,158)	0,87 (0,092)	0,90 (0,295)	0,92 (0,461)	1,06 (0,255)
ifo-Geschäftsklima	RMSE	1,206	1,386	1,475	1,631	2,133
	Theils U	0,91 (0,077)	0,85 (0,026)	0,82 (0,037)	0,80 (0,075)	1,03 (0,258)
ifo-Geschäftserwartungen	RMSE	1,167	1,326	1,338	1,511	2,112
	Theils U	0,88 (0,007)	0,81 (0,007)	0,74 (0,007)	0,75 (0,028)	1,02 (0,360)

ⁱIn Klammern ist das marginale Signifikanzniveau für den Test auf Gleichheit der Prognosefehler nach Diebold und Mariano (1995) angegeben. — ⁱⁱQuartale.

Es zeigt sich, dass mithilfe der Stimmungsindikatoren die Prognosen für einen Zeitraum bis zu einem Jahr verbessert werden können (Tabelle). Für längerfristige Prognosen bietet sich gegenüber dem autoregressiven Modell kein Vorteil. Den geringsten Fehler weisen Prognosen auf Basis der Geschäftserwartung auf; für 1- bis 4-Schritt-Prognosen sind die ifo-Geschäftserwartungen auf einem Signifikanzniveau von 5 Prozent dem autoregressiven Modell überlegen. Für das ifo-Geschäftsklima trifft dies für Prognosen über zwei und drei Quartale zu. Die Geschäftslage liefert indes keine signifikant besseren Prognosen. Die Ergebnisse entsprechen tendenziell der Konzeption dieser Stimmungsindikatoren. Während die Geschäftserwartungen die Einschätzung der Zukunft widerspiegeln, richtet sich die Geschäftslage auf die aktuelle Situation. Das Geschäftsklima ist eine Kombination beider Indikatoren.

^aEine detaillierte Beschreibung der Echtzeit-Daten zum realen saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukt in Deutschland findet sich bei Clausen und Meier (2005) — ^bSiehe hierzu Benner und Meier (2004).

Aufgrund der Euro-Aufwertung hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft marginal verschlechtert, der Indikator erhöhte sich in den vergangenen sechs Monaten um etwa 1 Prozent. Alles in allem tragen die monetären Rahmenbedingungen dazu bei, dass sich die deutsche Konjunktur erholt. Daran wird sich im Laufe dieses Jahres nichts ändern. Wir erwarten, dass die Leitzinsen im Euroraum konstant bleiben (Tabelle 1). Die Kapitalmarktzinsen dürften leicht anziehen, doch wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit etwas verbessern, da der Preisanstieg in Deutschland geringer sein wird als bei den Handelspartnern. Dabei unterstellen wir konstante nominale Wechselkurse, der Euro wird bei 1,30 US-Dollar liegen. Im kommenden Jahr wird die EZB die Leitzinsen leicht anheben, so dass der Impuls von der Geldpolitik dann etwas geringer wird.

Tabelle 1:

Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2004, 2005 und 2006

	2004				2005				2006			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q. ^a	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,1	2,1	2,1	2,2	2,1	2,1	2,2	2,3	2,3	2,4	2,4	2,6
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,1	4,2	4,1	3,8	3,6	3,8	3,9	4,0	4,2	4,3	4,4	4,5
Tariflohnindex ^{c,d}	1,7	1,5	0,9	1,7	2,1	2,2	1,5	1,3	1,4	1,5	1,7	1,5
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,25	1,20	1,22	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	99,2	98,0	98,4	99,5	98,6	98,4	98,2	98,0	97,8	97,6	97,4	97,2
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	5,6	4,4	1,0	2,8	3,1	3,4	3,5	4,0	4,6	4,6	4,1	3,9
Rohölpreis ^h	29,8	32,3	33,8	46,3	44,0	42,0	40,0	39,0	38,0	37,0	36,0	35,0

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Budgetdefizit des Staates sinkt wenig

Das Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt hat sich im Jahr 2004 praktisch nicht verändert; es belief sich auf 3,7 Prozent, nach 3,8 Prozent im Jahr 2003. Den Kürzungen verschiedener Ausgaben stand gegenüber, dass die Einnahmen – vor allem bedingt durch die Einkommensteuersenkung zu Beginn des Jahres 2004 – sanken.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2005 wohl stagnieren. Die Löhne im öffentlichen Dienst dürften um 0,5 Prozent und damit nennenswert schwächer als im Jahr 2004 steigen; die Zahl der Beschäftigten wird in wenig verändertem Tempo abnehmen. Die Ausgaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dürften um 1 Prozent zurückgehen. Auch die Subventionen und die Vermögensübertragungen des Staates – beispielsweise die Kohlesubventionen und die Eigenheimzulage – werden im Jahr 2005 abnehmen. Hingegen dürften die Sozialleistungen stagnieren; den Kürzungen bei den Renten und bei den öffentlichen Pensionen stehen Mehrausgaben für hilfebedürftige Arbeitslose gegenüber.² Die Sachaufwendungen des Staates werden wieder zunehmen; sie waren im Jahr 2004 gesunken, weil die Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung – ein sehr großer Teil der Sachaufwendungen des Staates – reformbedingt zurückgegangen waren. Auch die öffentlichen Investitionen werden im Jahr 2005 wieder steigen. Maßgeblich dafür ist, dass sich die Finanzlage der Gemeinden, des wichtigsten öffentlichen Investors, deutlich verbessert hat. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind infolge der Zunahme der Unternehmensgewinne sowie einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage aufgrund von Rechtsänderungen (z.B. einer Begrenzung der Verlustverrechnung) stark gestiegen. Zudem wurde das Gewerbesteueraufkommen zugunsten der Gemeinden umverteilt. Ferner profitieren die Gemeinden vermutlich von den Neuregelungen im Rahmen der Hartz IV-Reform.

Das Steueraufkommen dürfte im Jahr 2005 geringfügig steigen. Zwar wurden die Einkommensteuersätze reduziert, zudem hat die erste Stufe des Übergangs zur nachgelagerten Rentenbesteuerung Mindereinnahmen des Staates zur Folge;³ dem steht aber gegenüber, dass einzelne Steuervergünstigungen reduziert werden und dass die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Im Bereich der Sozialversicherung wurde zwar zum Jahresbeginn der Pflegeversicherungsbeitrag für Kinderlose erhöht, der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird aber im Verlauf des Jahres weiter abnehmen und im Jahr 2005 im Durchschnitt 14 Prozent betragen (2004: 14,2 Prozent). Die Belastung durch Beiträge und Steuern insgesamt (Steuer- und Beitragsaufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) wird im Jahr 2005 etwas sinken.

Das Budgetdefizit des Staates dürfte im Jahr 2005 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt etwas zurückgehen. Dies beruht allerdings allein darauf, dass die einmaligen Zahlungen der

² Die Ausgaben je Leistungsempfänger nehmen infolge des Zusammenlegens der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige etwas ab, die Zahl der Begünstigten fällt aber größer als im Jahr 2004 aus. Per saldo dürften die Ausgaben im Jahr 2005 steigen.

³ Vgl. Boss et al. (2004b: 357).

Landesbanken an die Länder deutlich höher als im Jahr 2004 ausfallen und dass eine Verschuldung des Bundes in Höhe von 5,5 Mrd. Euro (0,25 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) unter Einschaltung der Postbeamtenversorgungskasse verschleiert wird (Kasten 2).

Kasten 2:

Außergewöhnliche Entlastungen des Budgets des Staates

Das Budgetdefizit des Staates wird in den Jahren 2004 und 2005 durch zwei außergewöhnliche Maßnahmen reduziert.

Die Postbeamtenversorgungskasse, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zum privaten Sektor gehört, hat etwa bis zum Jahr 2040 Anspruch auf Zuschüsse von der Deutsche Post AG, von der Postbank AG und von der Deutsche Telekom AG; diese Zuschüsse dienen – zusammen mit Zuweisungen des Bundes – der Finanzierung der Pensionen, die an diejenigen gezahlt werden müssen, die in diesen Unternehmen gearbeitet haben oder noch arbeiten. Die Ansprüche sollen im Jahr 2005 teilweise verkauft werden. Dies soll 5,5 Mrd. Euro in die Kasse der Postbeamtenversorgungskasse spülen. Der Bund muss dann im Jahr 2005 nicht – wie sonst erforderlich – 5,5 Mrd. Euro an die Versorgungskasse zahlen. Allerdings muss er in der Zukunft höhere Zuschüsse als sonst tätigen, weil es dann geringere Zuweisungen der Postnachfolgeunternehmen geben wird. Es handelt sich also um eine verdeckte Verschuldung des Bundes; das Budgetdefizit des Staates in der Definition der VGR fällt aber geringer aus als sonst.

Viele Länder erhalten von ihren Landesbanken im Jahr 2005 wie schon – in geringem Maße – im Jahr 2004 rückwirkend für viele Jahre Zinsen auf Vermögen, das diesen Banken übertragen worden ist. Andernfalls würde die Europäische Union die vor vielen Jahren von den einzelnen Ländern mit diesen Banken getroffenen Vereinbarungen als unerlaubte Subventionierungen werten. Die den Ländern zufließenden Beträge werden im Wesentlichen als Beteiligungen rücktransferiert, weil sonst die betreffenden Banken unterkapitalisiert wären. Während die Einnahmen der Länder als Einnahmen im Sinne der VGR zählen, werden deren Ausgaben als Beteiligungserwerb und nicht als Ausgaben im Sinne der VGR eingestuft. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass Eurostat diese Einordnung der Ausgaben als nach den Vorschriften des Vertrags von Maastricht unzulässig wertet.

Im Jahr 2006 werden die Ausgaben des Staates wohl wieder etwas ausgeweitet. Zwar werden die Löhne im öffentlichen Dienst konstant bleiben, während die Beschäftigung weiter – wenngleich abgeschwächt – sinken wird; die öffentlichen Investitionen werden aber ebenso wie die Zinsen auf die öffentlichen Schulden zunehmen.⁴ Die Steuerbelastung insgesamt dürfte sich nur wenig ändern. Die Beitragssätze in der Sozialversicherung werden wohl konstant bleiben.⁵ Das Budgetdefizit des Staates dürfte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt,

⁴ Bund, Länder und Gemeinden zusammen werden auch im Jahr 2005 ein hohes Budgetdefizit aufweisen; die Nettokreditaufnahme wird allerdings durch außergewöhnlich hohe Erlöse aus dem Verkauf von Aktien und durch die Rückzahlung von Krediten, die an Russland und Polen vergeben worden waren, niedrig gehalten werden.

⁵ Zwar werden im Jahr 2006 die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung bei gegebenem Leistungsrecht und unverändertem Beitragssatz nicht ausreichen, um die Ausgaben zu finanzieren, es wird aber vermutlich

reichlich 3 Prozent betragen. Die im Vertrag von Maastricht fixierte Schuldengrenze (60 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wird deutlich überschritten; der Schuldenstand wird sich im Jahr 2006 der 70-Prozent-Marke nähern.

Verhaltener Exportzuwachs

Im Jahr 2004 wurde die Konjunktur durch einen kräftigen Exportanstieg getragen. Im Durchschnitt des Jahres lagen die Ausfuhren 8,6 Prozent über ihrem Vorjahreswert. Die Dynamik schwächte sich im Laufe des Jahres allerdings merklich ab. Während die Exporte im ersten Halbjahr noch mit etwa 12 Prozent (Jahresrate) zunahmen, betrug der Zuwachs im zweiten Halbjahr nur noch etwa 1 Prozent. Maßgeblich für die Abschwächung dürften die etwas verhaltene Konjunktur bei den Handelspartnern, insbesondere in Asien, und die hohe Bewertung des Euro gewesen sein. Die Warenexporte in die außereuropäischen Länder waren im zweiten Halbjahr 2004 rückläufig. Die Ausfuhren in den Euroraum nahmen dagegen trotz eines mäßigen Produktionsanstiegs weiterhin kräftig zu; dazu trug bei, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit aufgrund relativ niedriger Lohnzuwächse verbessert hat.

Die Exporterwartungen sind zuletzt rückläufig gewesen. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland waren zur Jahreswende zwar deutlich gestiegen, doch spielten hierbei Großaufträge, die erst später produktionswirksam werden dürften, eine wesentliche Rolle. Zusammengefasst deutet dies darauf hin, dass die Exporte, die – legt man die monatlichen Daten für den Spezialhandel zugrunde – von einem niedrigen Niveau aus ins erste Quartal gestartet sind, vorerst nur sehr mäßig ansteigen werden. Sie dürften allerdings im weiteren Prognosezeitraum wieder rascher zunehmen, da sich die Wettbewerbsfähigkeit bei unveränderten nominalen Wechselkursen, wie sie von uns unterstellt werden, aufgrund des relativ niedrigen Lohnanstiegs in Deutschland leicht verbessern und die dämpfenden Effekte der vorangegangenen realen Aufwertung wegfallen werden. Auch wird die Industrieproduktion der wichtigsten Handelspartner in diesem Zeitraum wieder kräftiger zunehmen, wenngleich die Dynamik wohl deutlich schwächer sein wird als noch Anfang 2004. Hierin spiegeln sich die nur langsame Beschleunigung der Konjunktur im Euroraum und die allmähliche Abflachung der boomenden Konjunktur in Asien wider. Im Schnitt des Jahres 2006 dürften die Ausfuhren um 4,9 Prozent steigen, nach 1,6 Prozent in diesem Jahr.

weder zu einer Anhebung des Beitragssatzes noch zu einem Einschnitt in die Renten kommen; vielmehr wird die Rentenversicherung einen zusätzlichen Bundeszuschuss erhalten. Für das Jahr 2005 besteht ebenfalls eine Finanzierungslücke. Sie wird durch Eingriffe in die Zahlungen der Rentenversicherung an die Krankenversicherung geschlossen. Damit verschlechtert sich allerdings die Finanzlage der Krankenversicherung.

Die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen nahm im Jahr 2004 um 6,4 Prozent zu. Maßgeblich hierfür war die starke Exportkonjunktur. Besonders kräftig war die Einfuhr von Vorleistungsgütern, während die Nachfrage nach Konsumgütern sogar leicht rückläufig war, was die gedämpfte Binnennachfrage widerspiegelt. Im ersten Halbjahr 2005 werden die Importe noch von der relativ schwachen Exportkonjunktur gedämpft. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Importe mit anziehender Binnenkonjunktur dann wieder kräftiger steigen. Alles in allem erwarten wir einen Importzuwachs von 1,5 Prozent im Jahr 2005 und 4,4 Prozent im Jahr 2006.

Die Importpreise haben sich im zweiten Halbjahr 2004 aufgrund des Anziehens der Ölpreise weiter erhöht. Gedämpft wurde die Preissteigerung von der Aufwertung des Euro. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Ölnotierungen langsam zurückgehen. Da jedoch die dämpfenden Effekte der Euroaufwertung nach und nach wegfallen und im kommenden Jahr die Preise für andere Rohstoffe mit anziehender Weltkonjunktur allmählich wieder steigen, werden sich die Importe leicht verteuern. Die Exporteure werden aufgrund der vorangegangenen Euroaufwertung auch bei anziehender Weltkonjunktur ihre Preise nur verhalten anheben; somit dürften die Terms of Trade in etwa konstant bleiben.

Investitionsdynamik bleibt schwach

Nach einer kräftigen Belebung im Sommerhalbjahr ist die Dynamik bei den Unternehmensinvestitionen bereits im Schlussquartal des vergangenen Jahres wieder ins Stocken geraten. Im Jahre 2004 gingen die Unternehmensinvestitionen leicht um 0,1 Prozent zurück. Dabei gab es allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Teilbereichen. Während die Investitionen in Ausrüstungen und Sonstige Anlagen erstmals seit 2001 ein – wenn auch geringes – Plus aufwiesen, waren die gewerblichen Bauinvestitionen weiter rückläufig (Tabelle 2). Für den Jahresbeginn 2005 deuten die Indikatoren nicht auf eine nennenswerte Belebung der Investitionstätigkeit hin. Die Geschäftserwartungen stagnieren seit Monaten, ebenso die Auftragseingänge im Investitionsgütergewerbe aus dem Inland. Für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums rechnen wir mit einer Erholung der Investitionstätigkeit, die angesichts der zunächst nur mäßigen Impulse von der internationalen Konjunktur und dem weiterhin hohen Druck zur Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland allerdings nur ein sehr verhaltenes Tempo erreichen wird. Alles in allem erwarten wir einen Anstieg der Unternehmensinvestitionen von 1,5 Prozent in diesem und um 2,3 Prozent im kommenden Jahr.

Tabelle 2:

Reale Anlageinvestitionen 2003–2006 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2003	2004	2005 ^a	2006 ^a
Anlageinvestitionen	–2,2	–0,9	0,1	1,4
Unternehmensinvestitionen	–0,9	–0,1	1,5	2,3
Ausrüstungen	–1,4	1,2	2,3	2,7
Sonstige Anlagen	1,7	1,4	3,4	4,7
Wirtschaftsbau	–1,0	–3,9	–2,4	0,1
Wohnungsbau	–2,7	–1,6	–1,0	–0,9
Öffentlicher Bau	–10,4	–4,3	0,6	1,4
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	–3,2	–2,6	–1,2	–0,3

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Bei den Wohnungsbauinvestitionen hat sich die rückläufige Tendenz im zweiten Halbjahr 2004 verlangsamt; im Schlussquartal konnte sogar ein leichter Zuwachs verzeichnet werden. Dies deutet darauf hin, dass die Investitionstätigkeit von Vorzieheffekten aufgrund der Diskussion um die Streichung der Eigenheimzulage angeregt wurde. Im Jahresdurchschnitt war ein Rückgang von 1,6 Prozent zu verzeichnen. Für das erste Quartal 2005 deuten die Auftragseingänge erneut auf einen Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen hin. Für den weiteren Verlauf des Jahres gehen wir angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage, der gedämpften Einkommensaussichten und der bestehenden Überkapazitäten von einem leichten Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um jeweils rund 1 Prozent für dieses und das nächste Jahr aus. Die Bauinvestitionen des Staates werden im Prognosezeitraum leicht steigen.

Privater Verbrauch erholt sich nur zögerlich

Die konjunkturelle Erholung hat nicht zu höheren privaten Konsumausgaben geführt. Nach einer Stagnation im Vorjahr gingen sie im Jahr 2004 um 0,4 Prozent zurück. Maßgeblich hierfür war, dass sich die Belebung der Konjunktur angesichts nominal stagnierender Arbeitnehmerentgelte und wieder rascher steigender Verbraucherpreise kaum in einer Zunahme der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte niederschlug. Hinzu kam, dass die langfristigen Perspektiven für das verfügbare Einkommen vor dem Hintergrund eines schwachen Wachstums des Produktionspotentials und steigender Staatsverschuldung gedrückt blieben.

Die Senkung der Einkommensteuer zu Beginn des Jahres 2004 vermochte unter diesen Bedingungen kaum Impulse zu entfalten.

Für das Jahr 2005 ist nicht mit einer deutlichen Erhöhung der Konsumausgaben der privaten Haushalte zu rechnen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden zwar anders als im Jahr zuvor wieder steigen, angesichts moderater Tariflohnhebungen, weiterer Kürzungen übertariflicher Leistungen und immer noch rückläufiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bleibt die Zunahme aber gering. Netto gerechnet fällt sie etwas höher aus, da zu Jahresbeginn die Einkommensteuer abermals gesenkt wurde. Der Impuls auf den privaten Verbrauch dürfte allerdings wie im Jahr zuvor fast vernachlässigbar sein, zumal die Entlastung deutlich kleiner ist als 2004 und zu Jahresbeginn Steuervergünstigungen gekürzt wurden. Außerdem müssen Kinderlose seit Jahresbeginn einen Zuschlag zur Pflegeversicherung zahlen. Ab der Jahresmitte werden ferner die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Zahnersatz und Krankengeld ausschließlich durch Arbeitnehmerbeiträge finanziert; dies bedeutet eine Mehrbelastung der Löhne um 0,45 Prozentpunkte. Die ausgezahlten Renten dürften etwas sinken, da die Renten nicht angehoben werden und die Rentner ebenfalls einen Beitrag für Zahnersatz und Krankengeld leisten müssen. Schließlich werden im Zuge der Einführung des Arbeitslosengeldes II begrenzt Leistungen gekürzt.

Im Jahr 2006 steigen die Bruttolöhne und -gehälter trotz kaum veränderter Tariflohnsteigerungen etwas rascher, da außertarifliche Lohnbestandteile nur noch in geringem Maße gekürzt werden dürften und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder leicht zunimmt. Die monetären Sozialleistungen dürften, nicht zuletzt aufgrund stagnierender Renten, kaum zunehmen. Alles in allem werden die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2006 nominal voraussichtlich um 1,8 Prozent steigen, nach 1,5 Prozent im Jahr 2005. Real ergibt sich für 2006 eine Zunahme um 0,7 Prozent nach 0,2 Prozent im Jahr 2005. Die Sparquote dürfte 2005 weiter leicht steigen und 2006, mit der Abnahme der Unsicherheiten am Arbeitsmarkt, konstant bleiben. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit einer Zunahme der privaten Konsumausgaben um 0,1 Prozent im Jahr 2005 und um 0,7 Prozent im darauffolgenden Jahr.

Preisklima ruhig

Im Jahr 2004 sind die Verbraucherpreise beschleunigt gestiegen. Hierfür waren die seit Jahresbeginn höheren Kosten für Gesundheitsdienstleistungen verantwortlich, die zweimalige Anhebung der Tabaksteuer im März und im Dezember sowie das kräftige Anziehen der Öl-

preise in der zweiten Jahreshälfte. Letzteres prägte das Preisklima bis zum aktuellen Rand. So nahm der Preisauftrieb mit dem erneuten Anziehen der Rohölnotierungen im Februar wieder merklich zu. Gegenüber dem Vorjahr verteuerte sich die Lebenshaltung im Februar 2005 um 1,8 Prozent.

Für die Prognose ist unterstellt, dass der Ölpreis bis Ende 2006 auf 35 Dollar zurückgeht. Dies wird den Preisauftrieb im Prognosezeitraum dämpfen. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird zunächst weiter sinken. Zudem bleibt der Tariflohnanstieg moderat. Für den Außenwert des Euro nehmen wir an, dass er auf dem gegenwärtigen Niveau verharret. Leichte preiserhöhende Effekte werden im Jahresverlauf von der Anhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren im April sowie von der Tabaksteuererhöhung im September ausgehen. Die seit Januar gestiegenen Kosten für Gütertransporte, die aus der Einführung der ersten Stufe der LKW-Maut rühren, werden nur allmählich auf die Verbraucher überwälzt werden. Alles in allem erwarten wir einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,3 Prozent in diesem Jahr und 1,1 Prozent im kommenden Jahr.

Besserung am Arbeitsmarkt lässt auf sich warten

Sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die der Erwerbstätigen nahm im vierten Quartal verstärkt zu. Die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen war jedoch nicht konjunkturell bedingt, sondern auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im weitesten Sinne zurückzuführen. Zum einen wurden im Durchschnitt des vierten Quartals im Rahmen der Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“ in etwa 60 000 Arbeitsangelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) geschaffen. Zum anderen nahmen sowohl die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten als auch die der Ich-AGs weiter zu. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die eher die konjunkturelle Entwicklung widerspiegelt, ging dagegen leicht beschleunigt zurück. Das Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen) ist im vierten Quartal saisonbereinigt um 0,9 Prozent gestiegen, nachdem es in den Quartalen zuvor nahezu konstant blieb. Dies ist jedoch primär auf die deutlich höhere Anzahl an Arbeitstagen im vierten Quartal zurückzuführen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 2005 stark erhöht, um insgesamt 388 000 Personen im Vergleich zum Dezember.⁶ Maßgeblich hierfür war, dass seit dem 1. Januar 2005 infolge der

⁶ Während die Statistik vor der Einführung des Sozialgesetzbuchs II allein auf den Geschäftsdaten der Agenturen für Arbeit basierte, kommen seit Jahresbeginn mit den Arbeitsgemeinschaften von Agenturen und Kommunen sowie den optierenden Kommunen weitere Datenlieferanten hinzu. Aufgrund von Anlaufschwierigkeiten bei der Datenbereitstellung basieren die aktuellen Statistiken zum Teil auf Schätzwerten (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2005a).

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe insbesondere erwerbsfähige, ehemalige Sozialhilfeempfänger als Arbeitslose erfasst werden. Allein daraus ergab sich eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um schätzungsweise 308 000 Personen.⁷

Der Anstieg der Tariflöhne dürfte im Prognosezeitraum gering bleiben. In der Metallindustrie erhalten die Beschäftigten, wie im Tarifabschluss vom vergangenen Frühjahr vereinbart, ab März 2005: 2,0 Prozent mehr Lohn und Gehalt, sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 0,7 Prozent; aufgrund von Öffnungsklauseln, die im Tarifvertrag vereinbart wurden und inzwischen von vielen Unternehmen in Anspruch genommen werden, sind jedoch nicht alle Beschäftigten von dieser Anhebung betroffen. Für die anstehenden Tarifverhandlungen erwarten wir moderate Abschlüsse. Gesamtwirtschaftlich veranschlagen wir den Anstieg der tariflichen Stundenlöhne auf 1,8 Prozent in diesem Jahr; dabei ist berücksichtigt, dass die tarifliche Arbeitszeit in einzelnen Bereichen zunimmt. Vor dem Hintergrund einer weiterhin negativen Lohndrift (–0,3 Prozent), eines leichten Rückgangs der Belastung durch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie eines Anstiegs des Deflators des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent wird der Produzentenreallohn auf Stundenbasis in diesem Jahr um 0,2 Prozent zunehmen. Bei einem trendmäßigen Anstieg der Stundenproduktivität um 1,7 Prozent ergeben sich beschäftigungsfördernde Wirkungen. Im Jahr 2006 dürften die Tariflöhne zwar etwas schwächer steigen und übertarifliche Leistungen in geringerem Maße eingeschränkt werden; insofern dürften vonseiten der Lohnpolitik weiter spürbare Anreize zur Ausweitung der Beschäftigung ausgehen.

Der tendenziell beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik steht im Prognosezeitraum die schwache konjunkturelle Dynamik der Arbeitsnachfrage entgegen. Der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird sich daher bis zum Jahresende zunächst fortsetzen, allerdings in zunehmend schwächerem Maße. Erst danach dürfte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder etwas zunehmen. Auf eine Besserung deutet die Zahl der offenen Stellen hin, die zuletzt wieder gestiegen ist, nachdem sie in den vier Jahren zuvor kontinuierlich gesunken war. Die Erwerbstätigkeit insgesamt wird zunächst weiter nur aus einem Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sowie der Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ resultieren. Aufgrund von Substitutionseffekten dürfte sich die Zunahme der Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ nicht vollständig auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit übertragen.⁸

⁷ Nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit (2005b), könnten darüber hinaus noch weitere Meldungen, insbesondere von Personen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, auf die geänderte Rechtslage zurückzuführen sein. Dies hat zur Konsequenz, dass fast der gesamte Anstieg um 388 000 Personen statistisch bedingt ist.

⁸ Substitutionseffekte durch „Ein-Euro-Jobs“ resultieren daraus, dass auf die Schaffung regulärer Arbeitsplätze verzichtet wird bzw. dass Beschäftigung schaffende Maßnahmen durch „Ein-Euro-Jobs“ ersetzt werden.

Außerdem wird die Zahl der Ich-AGs weiter, wenn auch abgeschwächt, ansteigen. Alles in allem ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2005 ein Anstieg um gut 0,7 Prozent (269 000 Personen) auf 39,1 Mill. Erwerbstätige (Tabelle 3). Für das Jahr 2006 erwarten wir bei sich wieder belebender Konjunktur eine annähernd unveränderte Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen, allerdings wird dann auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder ansteigen.

Tabelle 3:
Arbeitsmarkt 2003–2006 (1 000 Personen)

	2003	2004	2005 ^a	2006 ^a
Deutschland				
Erwerbstätige ^b (Inland)	38 722	38 860	39 129	39 352
Selbständige ^c	4 169	4 307	4 428	4 524
Existenzgründungszuschüsse („Ich-AGs“)	41	154	246	286
Arbeitnehmer (Inland)	34 145	34 135	34 290	34 414
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 982 ^d	26 556 ^d	26 397	26 419
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 337 ^d	4 751 ^d	4 952	5 076
Pendlersaldo	49	46	44	44
Erwerbstätige ^b (Inländer)	38 635	38 777	38 673	38 894
Arbeitnehmer (Inländer)	34 096	34 089	34 245	34 370
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 226	55 453	55 371	55 504
Registrierte Arbeitslose	4 376	4 381	4 645	4 348
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	10,5	10,5	11,1	10,5
<i>Nachrichtlich:</i>				
Arbeitslose nach dem ILO-Konzept ^f	3 838	3 936	4 031	3 936
Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept ^f	9,6	9,2	9,4	9,2
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	31 114	31 218	31 441	31 621
Registrierte Arbeitslose	2 753	2 781	2 949	2 760
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	8,4	8,5	8,9	8,3
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	7 200	7 225	7 276	7 318
Registrierte Arbeitslose	1 623	1 600	1 697	1 588
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	18,5	18,4	19,2	18,1

^aPrognose. — ^bInfolge einer Neuberechnung der Erwerbstätigenzahlen für Gesamtdeutschland kam es zu einer Aufwärtsrevision. Entsprechende Revisionen der Untergruppen bzw. der Erwerbstätigenzahlen für Ost und West stehen allerdings noch aus. Die Prognose basiert auf den revidierten Werten. — ^cEinschließlich mit-helfender Familienangehöriger. — ^dBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^eBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^fBerechnet nach der Definition der Europäischen Union.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt (2005); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005); eigene Schätzungen und Prognosen.

Nach einer leichten Zunahme im Jahr 2004 dürfte das Arbeitsvolumen im Jahr 2005 stagnieren. Zwar wird sich die Zahl der Erwerbstätigen erhöhen; da diese Zunahme jedoch insbesondere auf den Bereich der Teilzeitbeschäftigung (geringfügige Beschäftigung und „Ein-Euro-Jobs“) entfällt, wird die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen weiter sinken. Für das Jahr 2006 rechnen wir mit einem weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit, dann allerdings auch bei den Vollzeit-Beschäftigten. Allerdings sinkt die Zahl der Arbeitstage, so dass die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen annähernd unverändert bleiben wird. Insgesamt dürfte das Arbeitsvolumen im Jahresdurchschnitt leicht zunehmen, um 0,2 Prozent.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte zunächst weiter steigen, wenn auch in deutlich geringerem Maße. Es ist zu erwarten, dass die konjunkturelle Entwicklung durch die Sondereffekte infolge der Hartz IV-Reform überlagert wird, wobei einige davon zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führen, andere hingegen einen Anstieg bewirken.⁹ Alles in allem ist unterstellt, dass die Zahl der Arbeitslosen allein infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige im Jahresdurchschnitt um gut 120 000 Personen zunehmen wird. Dabei werden die die Arbeitslosigkeit erhöhenden Effekte insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2005, die entlastenden erst sukzessive eintreten. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit ab der zweiten Jahreshälfte 2005. Dieser wird sich im Verlauf des Jahres 2006 infolge der konjunkturellen Belebung leicht verstärken. Für den Jahresdurchschnitt 2006 erwarten wir einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um knapp 300 000 Personen auf 4,3 Mill. Personen.

Ausblick: Konjunktur gewinnt nur langsam an Schwung

Im Verlauf dieses Jahres wird sich die deutsche Wirtschaft allmählich erholen (Tabelle 4). Der Produktionsanstieg wird im ersten Halbjahr allerdings nur moderat sein, denn dann dürfte der hohe Ölpreis die wirtschaftliche Aktivität besonders stark dämpfen; hinzu kommen die retardierenden Einflüsse aus dem Ausland. Wir erwarten indes, dass dies durch einen statistischen Effekt überlagert wird. Da die konjunkturelle Grundtendenz im vierten Quartal 2004 im

⁹ Vgl. Boss et al. (2004a). Nach der Einführung der neuen Regeln zum Jahresbeginn kamen insbesondere zwei weitere Effekte hinzu, die sich auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf auswirken können. Zum einen ist nicht auszuschließen, dass Kommunen einen Teil der bisherigen Sozialhilfeempfänger zu Unrecht als erwerbsfähig klassifiziert haben, so dass diese Personen seit Jahresanfang als arbeitslos erfasst werden. Des Weiteren ist nicht auszuschließen, dass viele Personen aufgrund einer ausgebliebenen Überprüfung der Vermögenssituation Arbeitslosengeld II beziehen. Sollte nach einer Überprüfung die Zahlung von Arbeitslosengeld II eingestellt werden, werden sich diese Personen möglicherweise zum Teil nicht mehr arbeitslos melden.

Tabelle 4:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2004, 2005 und 2006^a

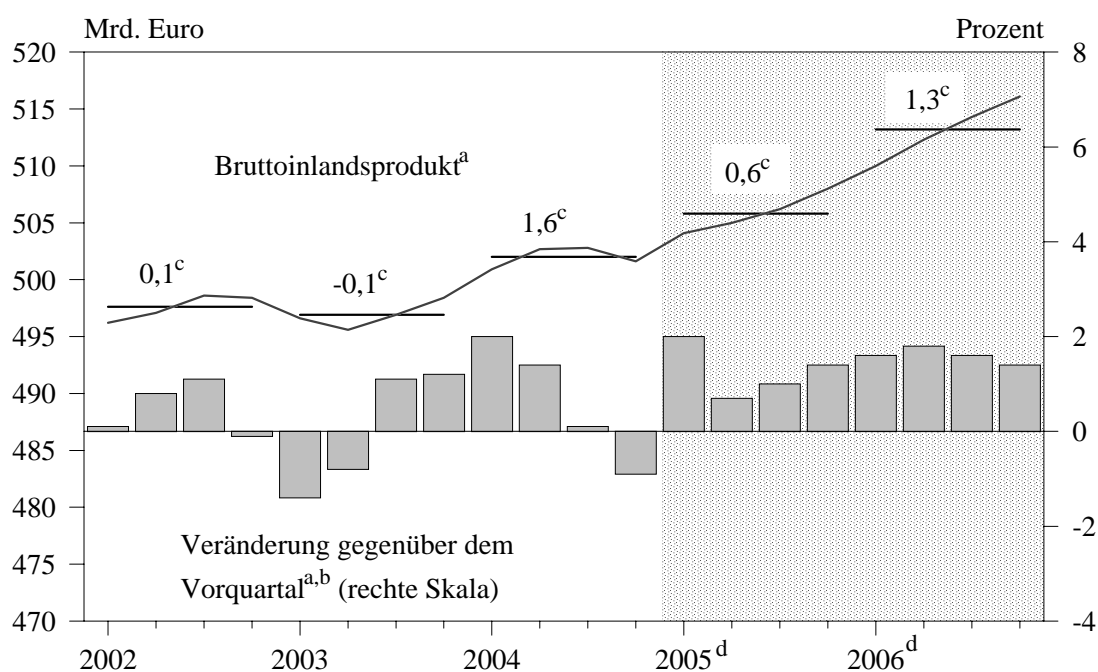
	2004				2005				2006			
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	1.Q. ^b	2.Q. ^b	3.Q. ^b	4.Q. ^b	1.Q. ^b	2.Q. ^b	3.Q. ^b	4.Q. ^b
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,4	0,1	-0,9	2,0	0,7	1,0	1,4	1,6	1,8	1,6	1,4
Private Konsumausgaben	0,4	-1,7	0,3	1,0	0,3	0,3	0,3	0,5	1,0	1,5	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	-0,1	0,3	2,6	-2,7	1,0	0,4	0,4	0,2	0,4	0,4	0,4	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	-14,8	7,6	14,5	-1,4	2,0	1,5	2,0	2,5	3,5	4,0	4,5	4,5
Bauinvestitionen	-10,6	-6,7	-5,6	2,2	0,0	1,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0	0,4	0,8
Sonstige Anlagen	-5,6	4,7	5,8	2,8	2,5	3,0	3,5	4,5	6,0	5,5	4,0	3,5
Inländische Verwendung	-3,0	-1,1	7,2	-3,0	1,7	-0,3	0,1	0,7	1,3	1,4	1,5	1,4
Ausfuhr	15,4	14,1	-6,1	4,4	-2,0	3,5	4,5	5,0	5,0	7,0	6,0	6,0
Einfuhr	2,0	8,7	12,3	-0,7	-3,4	1,2	2,5	3,8	4,7	6,8	6,5	6,7
Arbeitnehmer im Inland ^c	34 066	34 129	34 154	34 192	34 247	34 327	34 422	34 517	34 527	34 537	34 562	34 597
Arbeitslose ^c	4 305	4 364	4 406	4 462	4 802	4 732	4 642	4 512	4 477	4 432	4 382	4 337

^aIn Preisen von 1995. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cIn 1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2002–2006



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^dAb 2005 I: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Zusammenhang mit der arbeitstäglichen Bereinigung vermutlich unterzeichnet wurde, dürfte die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2005 etwas höher ausfallen (Abbildung 2). In der zweiten Hälfte dieses Jahres wird die Konjunktur etwas Fahrt aufnehmen, weil dann die dämpfenden Effekte auf die Exporte – bedingt durch die kräftige Expansion in der Weltwirtschaft – und auf die Inlandsnachfrage nachlassen. Dabei werden die Unternehmensinvestitionen etwas rascher expandieren, während die Verbraucher sich wegen der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt vorerst noch zurückhalten werden. Erst im kommenden Jahr wird sich der private Konsum nennenswert erholen.

Für das Jahr 2005 erwarten wir eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,6 Prozent (Tabelle 5); arbeitstäglich bereinigt beträgt die Rate 0,8 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,3 Prozent (arbeitstäglich bereinigt: 1,5 Prozent) zulegen. Eine große Dynamik wird sich dabei nicht entfalten, vielmehr wird sich das Expansionstempo schon im Jahresverlauf 2006 wieder leicht abschwächen. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Lage nicht grundlegend ändern. Für die Unternehmen gibt es nur wenig Anlass, ihre Investitionen und ihre Nachfrage nach Arbeitskräften zu steigern, da die Abgabenlast im Vergleich zum Ausland beträchtlich ist und die Arbeitskosten nach wie vor hoch sind. Alles in allem wird sich die schon seit Jahren andauernde Schwächephase in der deutschen Wirtschaft fortsetzen; auf mittlere Sicht ist nach wie vor ein Wachstum von nur 1 Prozent pro Jahr zu erwarten.¹⁰

Zum Stand der Reformen in Deutschland und ihren Auswirkungen

Seit dem Jahresende 2002 sind wichtige Reformmaßnahmen ergriffen worden. Sie zielen darauf ab, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, die gesetzliche Krankenversicherung zu sanieren, die gesetzliche Rentenversicherung auf eine solide Basis zu stellen und das Wachstum auch durch die Senkung der Einkommensteuer und das Kürzen von Subventionen zu stärken. Im Folgenden werden die Maßnahmen skizziert.¹¹ Zudem wird untersucht, wie sie sich ausgewirkt haben bzw. auswirken werden. Letztlich wird geprüft, ob es Anlass gibt, die Erwartung bezüglich des Wachstums des Produktionspotentials zu verändern.

¹⁰ Vgl. Schätzung des Potentialwachstums (Kamps et al. 2004).

¹¹ Vgl. hierzu auch Deutsche Bundesbank (2004) sowie Sachverständigenrat (2003, 2004).

Tabelle 5:

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2003–2006

	2004	2003	2004	2005 ^a	2006 ^a
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	2 016,1	–0,1	1,6	0,6	1,3
Private Konsumausgaben	1 127,9	0,0	–0,4	0,1	0,7
Konsumausgaben des Staates	391,7	0,1	0,4	0,2	0,4
Anlageinvestitionen	385,8	–2,2	–0,9	0,5	1,3
Ausrüstungsinvestitionen	153,1	–1,4	1,2	2,3	2,7
Bauinvestitionen	204,6	–3,2	–2,6	–1,2	–0,3
Sonstige Anlagen	28,2	1,7	1,4	3,4	4,7
Vorratsveränderung (Mrd. €)	–3,5	–18,1	–3,5	0,9	2,5
Ausfuhr	803,9	1,8	8,6	1,6	4,9
Einfuhr	689,7	4,0	6,4	1,5	4,4
Außenbeitrag (Mrd. €)	114,2	91,5	114,2	116,8	126,2
Bruttonationaleinkommen	2 011,3	0,1	1,9	0,4	1,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 177,0	1,0	2,3	1,1	2,3
Private Konsumausgaben	1 270,8	1,1	1,2	1,4	1,9
Konsumausgaben des Staates	406,7	0,8	–0,5	0,0	0,7
Anlageinvestitionen	378,6	–3,1	–0,3	0,9	2,1
Ausrüstungsinvestitionen	148,4	–3,2	1,0	2,5	4,5
Bauinvestitionen	205,5	–3,3	–1,4	–0,5	–0,1
Sonstige Anlagen	24,6	0,2	0,4	3,5	5,4
Vorratsveränderung (Mrd. €)	6,9	–7,6	6,9	5,9	7,5
Ausfuhr	834,8	1,0	8,5	2,1	6,4
Einfuhr	720,8	1,5	6,4	2,1	5,5
Außenbeitrag (Mrd. €)	114,1	92,2	114,1	116,9	131,2
Bruttonationaleinkommen	2 171,2	1,2	2,7	0,9	2,3
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt		1,1	0,7	0,5	1,0
Private Konsumausgaben		1,0	1,6	1,2	1,1
Konsumausgaben des Staates		0,7	–0,8	–0,2	0,3
Ausrüstungsinvestitionen		–1,9	–0,2	0,2	1,7
Bauinvestitionen		–0,1	1,3	0,7	0,2
Sonstige Anlagen		–1,5	–0,9	0,0	0,7
Ausfuhr		–0,8	–0,1	0,5	1,4
Einfuhr		–2,4	0,1	0,6	1,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 615,6	1,1	3,0	0,6	2,6
Arbeitnehmerentgelt	1 133,2	0,2	0,1	0,5	1,4
in Prozent des Volkseinkommens		72,1	70,1	70,1	69,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	482,4	3,5	10,4	0,6	5,2
Lohnstückkosten, real ^b		–0,3	–1,8	–0,2	–0,7
Produktivität ^c		1,3	1,1	0,7	1,0
Arbeitslose (1 000)		4 376	4 381	4 645	4 348
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,5	10,5	11,1	10,5
Erwerbstätige ^d (1 000)		38 722	38 860	39 129	39 352
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		–81,3	–80,3	–77,7	–72,1
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		–3,8	–3,7	–3,5	–3,2
Schuldenstand ^e		64,2	66,0	67,9	69,2
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		45,8	77,9	75,2	90,4

^aPrognose. — ^bArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. —^cBruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. — ^dInlandskonzept. — ^eIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Ein wesentlicher Teil der Maßnahmen betrifft den Arbeitsmarkt. Die Belastung der Löhne bei geringfügiger Beschäftigung (durch Beiträge und Lohnsteuer) wurde neu geregelt (Mini- und Midi-Jobs), die Ich-AG wurde eingeführt, Personal-Service-Agenturen wurden geschaffen, die Anforderungen an Arbeitslose bei der Stellensuche wurden verschärft, der Kündigungsschutz bei Neueinstellungen in Unternehmen mit fünf bis zehn Beschäftigten wurde etwas verringert, und die Handwerksordnung wurde gelockert (Beschränkung des „Meisterzwangs“). Mit der Hartz IV-Reform zum Jahresbeginn 2005 wurden weitere Maßnahmen wirksam, die die Beschäftigung ausweiten sollen. Dazu zählen die Einführung des Arbeitslosengeldes II¹² und der Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“), die verstärkten Vermittlungsaktivitäten und die verschärfte Zumutbarkeitsregelung für Empfänger des Arbeitslosengeldes II. Die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld wird ab Februar 2006 für „Neufälle“ verkürzt. Arbeitslosengeld wird dann im Regelfall für maximal zwölf Monate gezahlt; Personen, die 55 Jahre oder älter sind, beziehen 18 Monate lang Arbeitslosengeld.

In der gesetzlichen Krankenversicherung wurden einzelne Leistungen gestrichen (Taxifahrten zum Arzt oder ins Krankenhaus, Sehhilfen, Sterbegeld etc.), die Zuzahlungen beim Kauf von Medikamenten wurden erhöht, eine Praxisgebühr wurde eingeführt, Versorgungsbezüge der Rentner werden verstärkt durch Beiträge belastet. Der Wettbewerb zwischen den Leistungsanbietern (insbesondere den Ärzten, den Arzneimittelherstellern sowie den Apotheken) wurde allerdings nicht nennenswert gestärkt. Die Bezieher von Altersrenten werden seit April 2004 durch einen (von 0,85 auf 1,7 Prozent) erhöhten Pflegeversicherungsbeitrag belastet. Ein Nachhaltigkeitsfaktor, der Änderungen der Relation zwischen der Zahl der Rentner und der Beitragszahler misst, wurde mit Wirkung ab 2005 eingeführt; so soll der Anstieg der Altersrenten gebremst werden. Die Altersgrenze für den Renteneintritt nach Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit wird schrittweise erhöht, bis sie der Regelaltersgrenze entspricht. Eine nachgelagerte Besteuerung der Altersrenten wird bis zum Jahr 2040 schrittweise eingeführt; Arbeitnehmerbeiträge werden dadurch entlastet, Renten belastet. Die Einkommensteuersätze wurden zu Beginn des Jahres 2004 deutlich gesenkt, eine weitere Reduktion der Sätze ist zum Jahresbeginn 2005 in Kraft getreten. Einzelne Steuervergünstigungen und Finanzhilfen wurden verringert (z.B. Eigenheimzulage, Entfernungspauschale, Wohnungsbauprämie).

Weitere Maßnahmen wie z.B. eine generelle Anhebung des Renteneintrittsalters, eine Reform der Pflegeversicherung oder eine Steuerreform will die Bundesregierung vor der Bundestagswahl nicht realisieren. Auch im Tarifvertragsrecht sind Änderungen nicht geplant; die unzureichende Flexibilität bei der Lohnsetzung durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften wird offenbar nicht als schädlich für Wachstum und Beschäftigung angesehen.

¹² Dies wird im Abschnitt „Verstärkte Anreize durch das Arbeitslosengeld II?“ bewertet.

Die Wirkungen der Reformmaßnahmen sind in der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich sichtbar. Hier waren die Ausgaben im Jahr 2004 um 4 Mrd. Euro niedriger als im Jahr 2003. Da die Krankenkassen in beträchtlichem Maße Schulden getilgt haben, blieb die Reduktion der Beitragssätze gering; der Beitragssatz wird im Jahr 2005 aber um 0,2 Prozentpunkte geringer als im Jahr 2004 sein. Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge insgesamt wird allerdings nicht nennenswert niedriger sein, weil der Pflegeversicherungsbeitrag für jene Versicherte, die mindestens 23 Jahre alt sind und keine Kinder haben, erhöht wurde; auch werden Rentner ab Juli 2005 durch einen erhöhten Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung belastet. Die Schritte zur Begrenzung der Ausgaben der Rentenversicherung hatten bzw. haben nur wenig Wirkung. Die „Nullrunde“ im Jahr 2004 hatte letztlich zur Folge, dass die Renten nicht reduziert worden sind, wie es die Rentenformel verlangt hätte. Der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel wird in den Jahren 2005 und 2006 nicht wirken, weil eine Niveausicherungsklausel ein Sinken der (Brutto-)Renten verhindert.

Die Arbeitsmarktreformen haben nicht verhindert, dass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2004 – von Einflüssen einer geänderten Definition bereinigt – gestiegen ist. Wichtige Änderungen werden freilich erst im Februar 2006 in Kraft treten. Sie führen dazu, dass die Tariflöhne bei reduzierten Anspruchslöhnen geringer als sonst ausfallen werden (z.B. durch verlängerte Arbeitszeiten).

Die Arbeits- und die Investitionsanreize bleiben trotz der Steuersatzsenkungen stark beeinträchtigt. So beträgt die marginale Lohnsteuerbelastung eines ledigen Facharbeiters im früheren Bundesgebiet kaum weniger als in den vergangenen Jahren (Tabelle 6); hinzu kommt eine Belastung durch die Sozialbeiträge in Höhe von knapp 35 Prozent.¹³ Die Erträge aus Unternehmensinvestitionen werden – trotz der Reform der Unternehmensbesteuerung im Jahr 2001 – im internationalen Vergleich (insbesondere im Vergleich zu den neuen EU-Ländern) hoch besteuert (Sachverständigenrat 2003, 2004); teilweise resultiert dies aus den Steuersatzsenkungen, die in vielen Ländern in jüngster Zeit beschlossen worden sind.

Insgesamt sehen wir keinen Anlass, die Schätzwerte für das Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland (Kamps et al. 2004) zu korrigieren. Dies bedeutet nicht, dass die Reformmaßnahmen das Wachstum des Produktionspotentials nicht beeinflussen; sie haben aber nach unserer Einschätzung lediglich verhindert, dass die Wachstumsrate weiter abnimmt.

¹³ Die Belastung bezieht sich auf den Bruttolohn einschließlich des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung (vgl. Boss und Elendner 2005). Im Verhältnis zum Bruttolohn ausschließlich des Arbeitgeberbeitrags beträgt sie knapp 42 Prozent.

Es sind demnach erhebliche Reformanstrengungen notwendig, um das Wachstum der Wirtschaft zu stärken und die Beschäftigung zu erhöhen.

Tabelle 6:

Marginale Belastung der Löhne typischer Arbeitnehmergruppen im früheren Bundesgebiet 1990–2005 (Lohnsteuer und (ab 1995) Solidaritätszuschlag in Prozent des Bruttolohns einschließlich des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung)

Jahr	Lediger Arbeitnehmer mit		Verheirateter Arbeitnehmer (Alleinvertodiener) mit hohem Lohn ^b und mit zwei Kindern
	niedrigem Lohn ^a	hohem Lohn ^b	
1990	22,7	24,8	18,0
1995	23,8	28,9	19,2
1996	26,5	29,5	24,1
1997	26,4	29,3	23,6
1998	26,1	29,2	23,2
1999	26,6	30,2	23,5
2000	26,4	31,2	26,4
2001	24,9	30,2	24,6
2002	25,0	30,3	25,3
2003	25,1	30,7	25,7
2004	24,5	29,9	23,9
2005	24,1	28,1	24,8

^aZwei Drittel des Facharbeiterlohns; 2004: 1 909 Euro. — ^bFacharbeiterlohn; 2004: 2 864 Euro (ausschließlich des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung).

Quelle: Boss und Elendner (2005).

Verstärkte Arbeitsanreize durch das Arbeitslosengeld II?¹⁴

Seit Beginn des Jahres 2005 ersetzt das Arbeitslosengeld II die Sozialhilfe für Erwerbsfähige und die Arbeitslosenhilfe. Einen Leistungsanspruch haben Personen, die 15 bis 64 Jahre alt, erwerbsfähig und hilfebedürftig sind, sowie Personen (insbesondere Kinder), die als Nichterwerbsfähige mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer „Bedarfsgemeinschaft“ leben. Hilfebedürftigkeit kann bei Arbeitslosigkeit beispielsweise dadurch entstehen, dass ein Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht oder nur in geringem Umfang besteht.

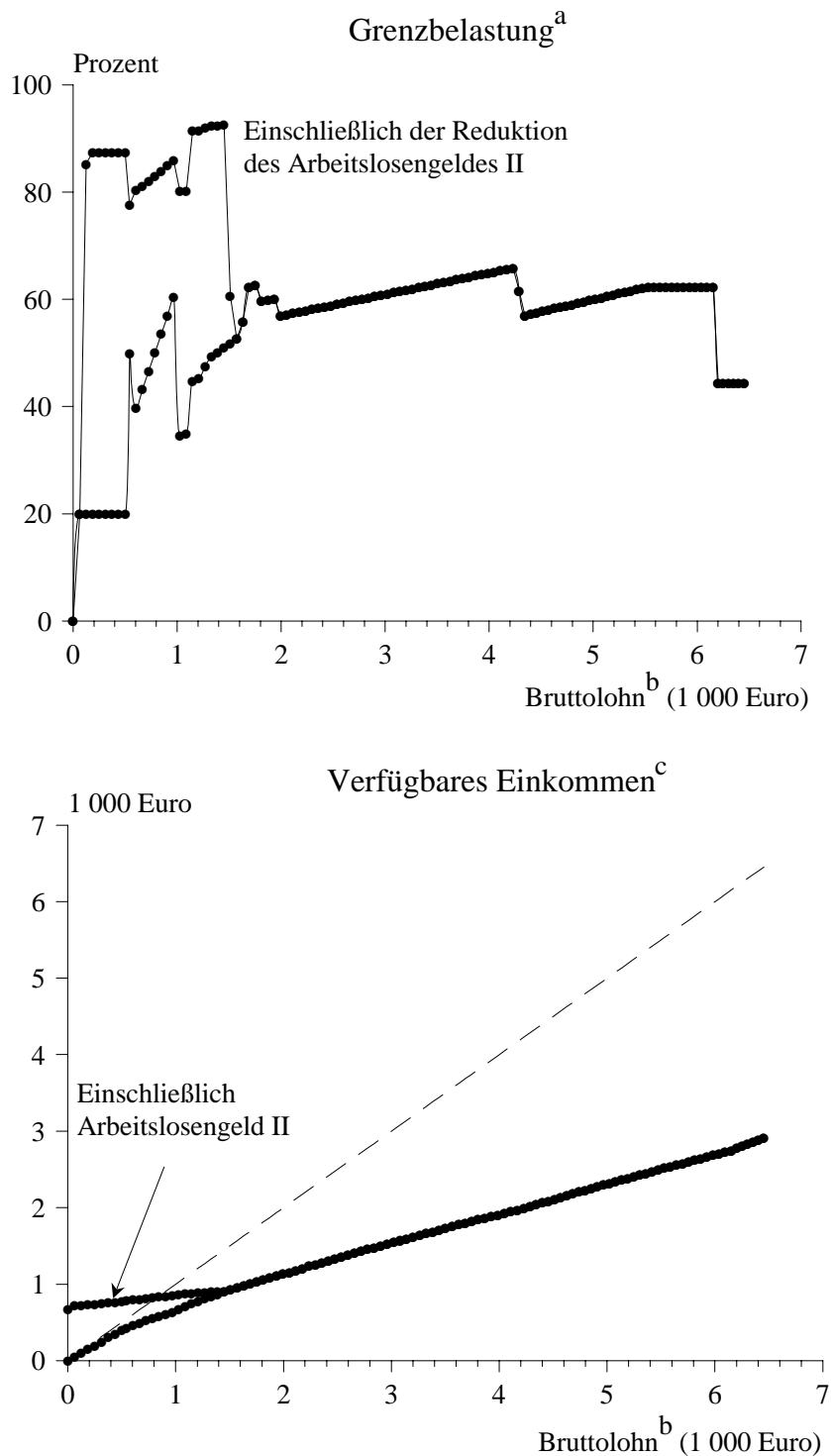
¹⁴ Zu einer ausführlichen Darstellung vgl. Boss und Elendner (2005).

Die Höhe des Arbeitslosengeldes II hängt von der Größe und der Struktur des Haushalts des Hilfebedürftigen ab. Ein Leistungsberechtigter erhält einen Pauschalbetrag, der im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) mit 345 Euro je Monat etwas höher als in den neuen Ländern ist (331 Euro). Zudem werden einem erwerbsfähigen Bedürftigen die Miet- und Heizkosten erstattet. In bestimmten Fällen (beispielsweise bei Schwangerschaft) werden zusätzliche Transfers gewährt. Einkommen und Vermögen werden nach bestimmten Prinzipien auf den Leistungsanspruch angerechnet. Verfügt eine Person weder über Einkommen noch über Vermögen, so beträgt das Arbeitslosengeld II im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt schätzungsweise 665 Euro je Monat, in den neuen Ländern im Durchschnitt 581 Euro je Monat. Für ein Ehepaar mit einem Kind beläuft sich der Anspruch, wenn auch der Ehemann/die Ehefrau und das Kind nicht über Einkommen oder Vermögen verfügen, im früheren Bundesgebiet im Durchschnitt schätzungsweise auf 1 340 Euro je Monat, in den neuen Ländern auf 1 195 Euro je Monat.

Erwirtschaftet eine Person mit vollem Anspruch auf Arbeitslosengeld II Arbeitseinkommen, so müssen Sozialversicherungsbeiträge geleistet werden. Ab einer bestimmten Lohnhöhe wird Lohnsteuer fällig (bei Ledigen ab 896 Euro je Monat); hinzu kommt der Solidaritätszuschlag (bei Ledigen ab einem Lohn von 1 325 Euro je Monat). Die Belastung durch Beiträge, Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag steigt mit zunehmendem Bruttolohn. Die Grenzbelastung verändert sich dabei ungleichmäßig; sie beläuft sich bei Löhnen von rund 1 450 Euro¹⁵ auf rund 50 Prozent. Hinzu kommt bei Löhnen bis zu dieser Höhe für jeden hinzuverdienten Euro eine implizite Besteuerung dadurch, dass das Arbeitslosengeld II nach bestimmten Regeln gekürzt wird. Unter plausiblen Annahmen über die anzurechnenden Abzugsbeträge (z.B. für die mit der Erwerbstätigkeit verbundenen Aufwendungen wie z.B. Berufskleidung) beträgt die gesamte (explizite und implizite) Grenzbelastung – trotz eines lohnabhängigen Freibetrags – je nach Lohnhöhe 80 bis 93 Prozent (Abbildung 3). Erst dann, wenn der Anspruch aufgrund eines ausreichend hohen anzurechnenden Einkommens erloschen ist, ist die Belastung geringer; sie erreicht das Niveau, das generell aus dem Steuer- und Sozialabgabensystem resultiert. Die Lohngrenze, bis zu der ein Anspruch besteht, beträgt bei Ledigen etwa 1 450 Euro je Monat.

¹⁵ Einschließlich des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung.

Abbildung 3:
Besteuerung der Löhne: Ledige im früheren Bundesgebiet



^aDurch Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, Beiträge zur Sozialversicherung und gegebenenfalls Reduktion des Arbeitslosengeldes II. — ^bJe Monat, einschließlich Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung. — ^cDie gestrichelte Linie zeigt an, wie das verfügbare Einkommen wäre, wenn es weder die Lohnsteuer, den Solidaritätszuschlag und die Sozialbeiträge noch das Arbeitslosengeld II gäbe.

Quelle: Boss und Elendner (2005).

Die Anreizproblematik stellt sich für Mehrpersonenhaushalte noch gravierender dar. Für ein Ehepaar, das mit einem Kind im früheren Bundesgebiet lebt, ist der Bruttolohn, bis zu dem die Grenzbelastung mindestens 80 Prozent und im Extremfall fast 100 Prozent erreicht, noch höher; er beläuft sich (wiederum einschließlich des Arbeitgeberbeitrags) auf 2 450 Euro je Monat (Abbildung 4). Dies beruht darauf, dass bei Nichterwerbstätigkeit der Anspruch auf Arbeitslosengeld II höher als der für eine Einzelperson ist, es also eines höheren Bruttolohns bedarf, um den Anspruch auf null zu verringern.

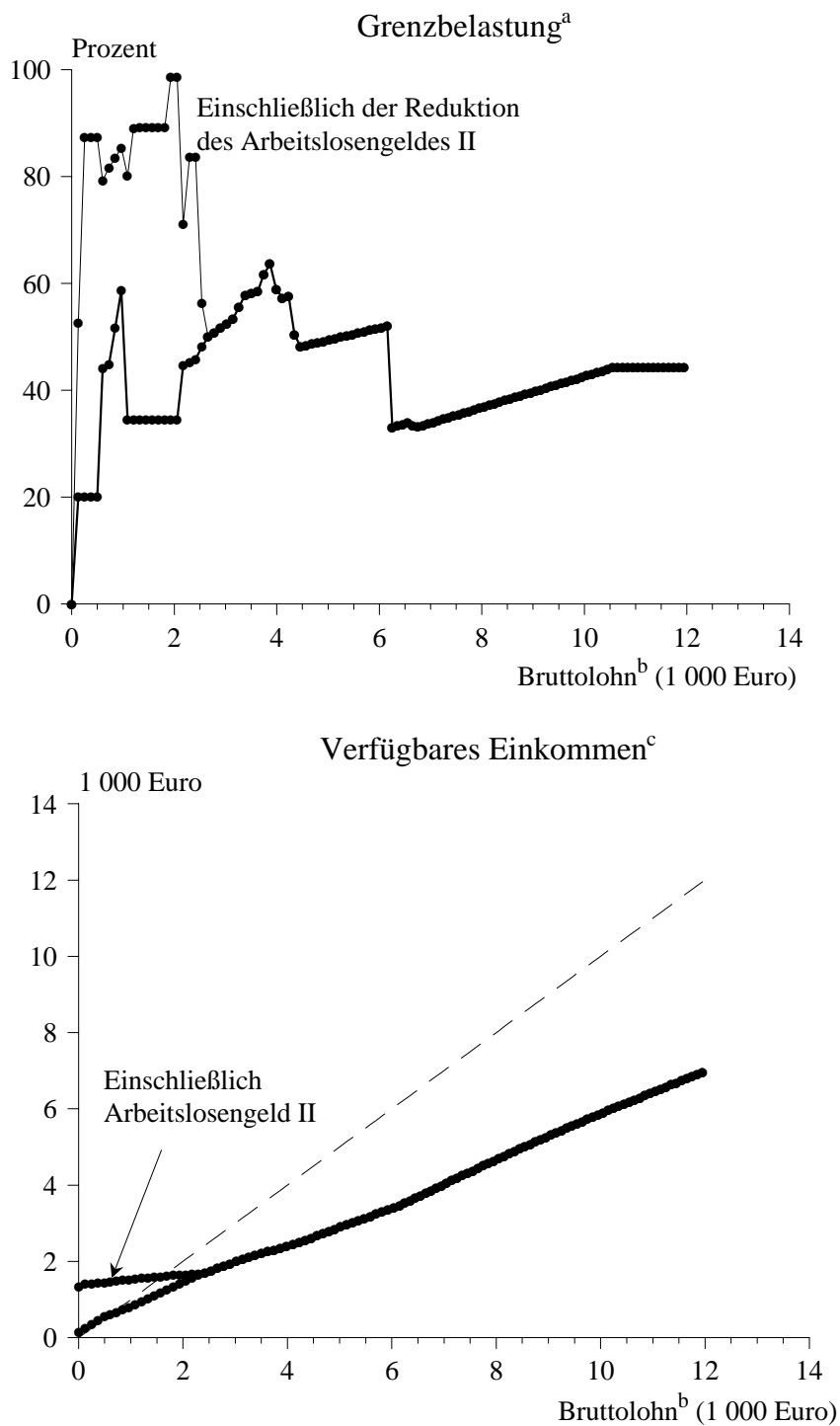
Gering Qualifizierte können vermutlich in vielen Fällen allenfalls Löhne erwirtschaften, für die die gesamte (implizite und explizite) Grenzbelastung 80 Prozent oder mehr beträgt; dies gilt umso mehr dann, wenn die betreffenden Personen bereits längere Zeit arbeitslos sind. Dies bedeutet, dass gering Qualifizierte ihr verfügbares Einkommen durch Erwerbstätigkeit nur wenig steigern können. Ein hinzuverdienter Euro erhöht das verfügbare Einkommen nur um einige Cents. Ein finanzieller Anreiz zu arbeiten ist praktisch nicht vorhanden.

Für die Empfänger der Arbeitslosenhilfe, die zum Jahresbeginn ersetzt worden ist, waren die Arbeitsanreize ebenfalls gering. Im Jahr 2004 wurde ein (in bestimmter Weise definierter) Nettolohn von lediglich 165 Euro (je Monat) nicht angerechnet. Im System der Sozialhilfe im engeren Sinne (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) waren die Anreize für Erwerbsfähige, Arbeitseinkommen zu erzielen, ebenfalls gering. Die Grenzbelastung erreichte in bestimmten Lohnbereichen 100 Prozent. In dem neuen System (Arbeitslosengeld II) ist die Grenzbelastung für Individuen in dem relevanten Lohnbereich kaum geringer, als sie bei Beibehaltung der Sozialhilfe für Erwerbsfähige gewesen wäre (Abbildung 5).

Insgesamt zeigt sich, dass mit der Hartz IV-Reform für die Leistungsanreize für die Hilfebedürftigen und für das Arbeitsangebot wenig gewonnen ist. Sollen die Leistungsanreize gestärkt werden, so kommen verschiedene Maßnahmen in Betracht. Eine Option besteht darin, das garantierte Mindesteinkommen zu reduzieren (Boss 2002). Freilich beinhaltet Hartz IV weitere Maßnahmen. So sind Sanktionen bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit vorgesehen, und die Zumutbarkeitsregel ist verschärft worden.

Abbildung 4:

Besteuerung der Löhne: Ehepaar (Alleinverdiener, ein Kind) im früheren Bundesgebiet

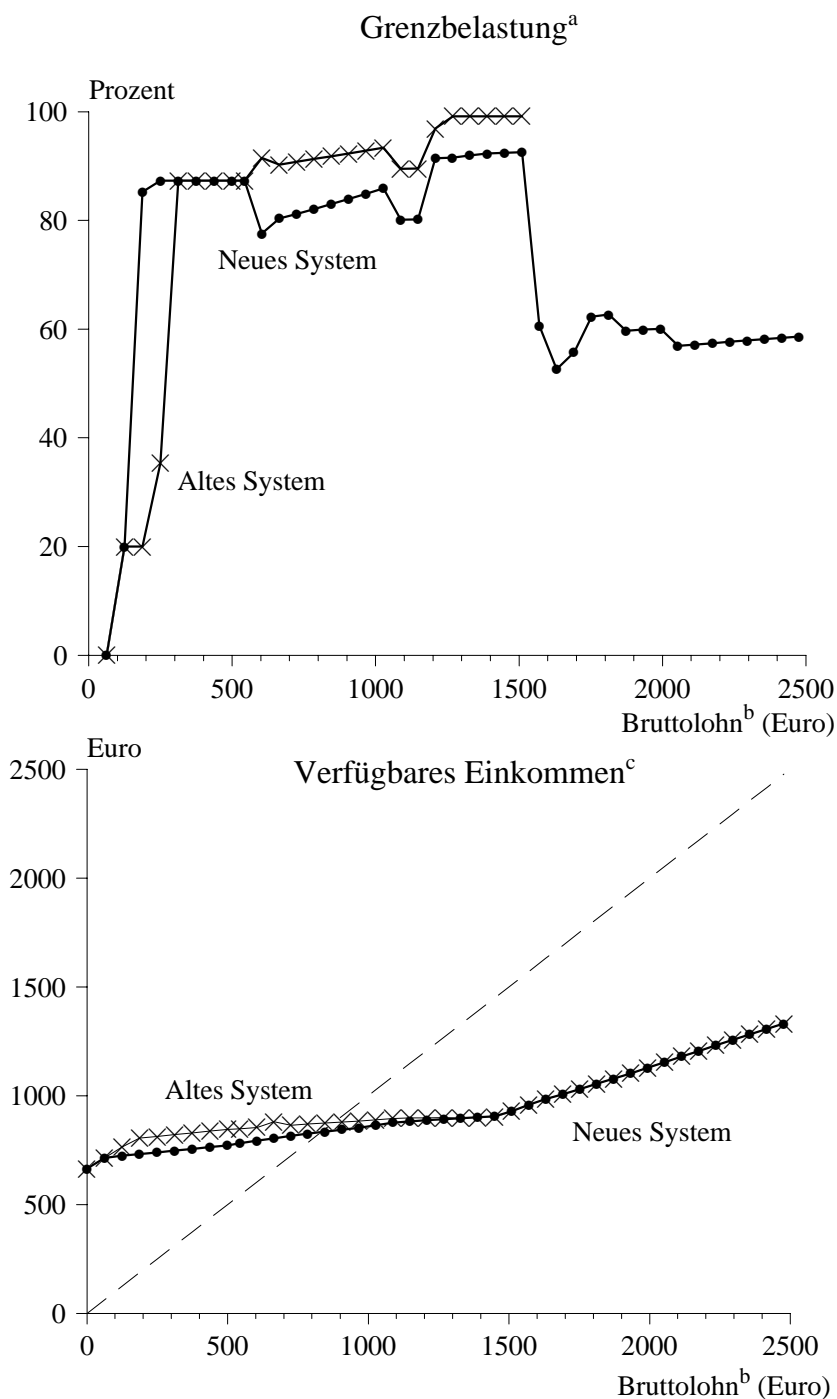


^aDurch Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, Beiträge zur Sozialversicherung und ggf. Reduktion des Arbeitslosengeldes II. — ^bJe Monat, einschließlich Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung. — ^cDie gestrichelte Linie zeigt an, wie das verfügbare Einkommen wäre, wenn es weder die Lohnsteuer, den Solidaritätszuschlag und die Sozialbeiträge noch das Arbeitslosengeld II gäbe.

Quelle: Boss und Elendner (2005).

Abbildung 5:

Besteuerung der Löhne lediger Beschäftigter mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II bzw. Sozialhilfe im früheren Bundesgebiet: Altes und neues System



^aDurch Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, Beiträge zur Sozialversicherung und – bis knapp 1 500 Euro – Reduktion des Arbeitslosengeldes II. — ^bJe Monat, einschließlich Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung. — ^cDie gestrichelte Linie zeigt an, wie das verfügbare Einkommen wäre, wenn es weder die Lohnsteuer, den Solidaritätszuschlag und die Sozialbeiträge noch das Arbeitslosengeld II gäbe.

Quelle: Boss und Elendner (2005).

Literatur

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005). Via Internet (25. Februar 2005) <<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/laenderdaten.htm>>.
- Benner, J., und C.-P. Meier (2004). Prognosegüte alternativer Frühindikatoren für die Konjunktur in Deutschland. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 224 (6): 639–652.
- Boss, A. (2002). *Sozialhilfe, Lohnabstand und Leistungsanreize*. Kieler Studien 318. Berlin.
- Boss, A., A. Kamps, C.-P. Meier, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2004a). Deutschland: Konjunktur flaut schon wieder ab. *Die Weltwirtschaft* (3): 255–275.
- Boss, A., C.-P. Meier, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2004b). Spürbare Verlangsamung der Konjunktur in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (4): 352–372.
- Boss, A., und T. Elendner (2005). Incentives to Work: The Case of Germany. Kiel Working Paper 1237. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (2005a). *Monatsbericht*. Januar. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2005b). *Monatsbericht*. Februar. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Geringfügige Beschäftigung*. Nürnberg.
- Clausen, J.R., und C.-P. Meier (2005). Did the Bundesbank Follow a Taylor-Rule? An Analysis Based on Real-Time Data. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 141 (2): 213–246.
- Deutsche Bundesbank (2004). *Geschäftsbericht 2003*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Diebold, F.X., und R.S. Mariano (1995). Comparing Predictive Accuracy. *Journal of Business and Economic Statistics* 13 (1): 253–263.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Kamps, C., C.-P. Meier und F. Oskamp (2004). Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland bleibt schwach. Kieler Diskussionsbeiträge 414. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2003). *Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren. Jahresgutachten 2003/04*. Wiesbaden.

Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2004). *Erfolge im Ausland – Herausforderungen in Inland. Jahresgutachten 2004/05*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2005). Pressemitteilung vom 28. Februar. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.